Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 7

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUMÄNIENS EIGENER WEG

Zwei Ereignisse haben am Jahresende 1978 erneut die Aufmerksamkeit auf Rumänien gelenkt. Sofort nach der Zusammenkunft der höchsten Instanzen des Warschauer Pakts in Moskau legt der rumänische Präsident N. Ceausescu öffentlich ein entschiedenes Veto gegen die Vorhaben seiner Verbündeten ein, betreffs der militärischen Kostensteigerungen, der Verpflichtungen gegenüber nicht-europäischen Ländern, gegen einen beschleunigten Zusammenschluss der Armeen der verbündeten Staaten und gegen die Verurteilung Chinas. Die kaum verhüllten Kritiken des Kremls an die Adresse Bukarests sowie die Erklärungen von Cyrus Vance in London und der unerwartete Besuch Michael Blumenthals in der rumänischen Hauptstadt verstärkten noch die Resonanz dieser Ereignisse.

Zum selben Zeitpunkt veröffentlichte *Amnesty International* einen neuen Bericht über die Verletzung der Menschenrechte in Rumänien: Die Verwendung psychiatrischer Behandlung als Waffe gegen Opponenten, die Verschickung von Regimekritikern in Arbeitslager, die willkürliche Verwahrung solcher, die berufliche Forderungen stellten, die Verletzungen der Rechte der Verteidigung, der Amtsmissbrauch während der Verhöre.

Diese Vorgänge erhoben eine Frage zum Tagesgespräch, mit der sich Rumänien schon längere Zeit beschäftigt hatte: Wie ist es möglich, und warum ist es notwendig, dass eine relativ unabhängige Aussenpolitik mit einer Unterdrückung im Innern einhergehen kann?

«Ein Wolf bleibt immer ein Wolf»

Die nächstliegende Antwort zeigt einen grundlegenden Widerspruch zwischen den beiden politischen Richtungen in Bukarest. Es sei der einzige Ausweg, fügt man oft hinzu, denn die Russen könnten es nicht dulden, dass einer ihrer alten Satelliten sich auf der internationalen Arena gegen sie empört und zugleich dem «Revisionismus» bei sich Einlass bietet.

Die Unterdrückung im Innern wäre also der Preis, mit dem die kommunistische Partei Rumäniens sich Unabhängigkeit erkauft. Die Rumänen erzählen sich, dass Ceausescu im August 1977 während der Verhandlungen mit den streikenden Kumpeln im Tal von Jiu gesagt habe: «Seid vernünftig, denn ein Wolf bleibt immer ein Wolf, er könnte plötzlich hier auftauchen, wenn die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde.» Auf wen das Staatsoberhaupt anspielte, war kein Geheimnis.

Es ist nicht erstaunlich, wenn Bukarest die Bestätigung des einzigen Auswegs freudig aufgenommen hat. Nichtsdestoweniger entdeckt man, von der Nähe betrachtet, einige dunkle Punkte. So glaubt man, bewusst oder unbewusst, dass sich die Russen eine

Gleichwertigkeit errechnet haben zwischen Ceausescus Absagen, an denen sie sich oft auf internationaler Ebene stossen, und den Reformen, die der gleiche Ceausescu bereit ist, im eigenen Lande zu realisieren, wenn er sich nicht verpflichtet fühlt, sie zur Besänftigung seines riesigen Nachbarn zu opfern.

Leider bleiben die Behauptungen, was die Rechnungen des Kremls und die unrealisierbaren Bestrebungen der rumänischen Führungsspitze betrifft, für den Moment aus Mangel an Beweisen unbestritten. Um so mehr könnte man sich fragen, warum die UdSSR trotz ihrer zermalmenden Übermacht über Rumänien ein Gleichgewicht duldet, das sie Prestige kostet. Und wie kann sich Rumänien erlauben, eine Supermacht zu provozieren, die mit gutem Grund als gefährlich angesehen wird?

Sobald die Sicherheit der Gleichwertung verlorengeht, wird auch die Behauptung hinfällig, gemäss der ein Widerspruch zwischen der Innen- und Aussenpolitik Bukarests bestehe. Ist sie wahr, so sieht man sich einer Tautologie gegenüber, die keinesfalls die Erklärung der Ereignisse vorantreiben kann. Widersprechen sich denn die Unabhängigkeit nach aussen und die Unterdrückung im Innern wirklich? Und seit wann? Man wäre eher versucht zu sagen, dass sie sich öfters Gesellschaft geleistet haben. Was den Westen in Erstaunen versetzt, ist nicht so sehr die Annäherung der beiden Ideen an sich, sondern dass sie in einem kommunistischen Staat stattfindet. Ein solcher Überraschungseffekt kann mit Hilfe der alten Allegorie vom tollkühnen David und dem grobschlächtigen Goliath in die öffentliche Meinung eindringen. Die Richtigkeit des Bildes, das man sich gewöhnlich über Rumänien macht, müsste nach der Dynamik der Regierung als Ganzes beurteilt werden, und nicht nur im Lichte der Beziehung auf kurze oder längere Sicht zwischen den verschiedenen Mächten. Statt aus den «Widersprüchen» oder «Nichtwidersprüchen» Schlüsse zu ziehen, ist es nützlicher, die Motive einer Politik zu suchen, die bis jetzt auf beiden Klaviaturen – derjenigen der Unterdrückung als auch auf derjenigen der Unabhängigkeit – gespielt wurde.

Kontinuität und Bruch

Es wäre ungerecht, Ceausescu und seinen häufig wechselnden Mitarbeitern Urheberrechte für die rumänische Aussenpolitik zuzugestehen. Tatsächlich begann diese Politik 1962, als die durch Gh. Gheorghiu-Dej gelenkte kommunistische Partei eine durch den Comecon aufgezwungene, rein landwirtschaftliche Rolle zurückwies. Das war nur ein Anfang. Im folgenden Jahr zeigte Bukarest seinen Willen, eigene Entscheidungen in internationalen Angelegenheiten zu treffen. Zur selben Zeit denunzierten die Aktivisten lauthals die sowjetischen Anmassungen.

Damals war Ceausescu Sekretär des Zentralkomitees. Die Wendung, seit langem scheinbar vorbereitet, wurde durch eine kommunistische Regierungsgruppe ausgeführt, die es vorgezogen hatte, während des Krieges im Land zu bleiben, und die Stalin, nachdem er in Bukarest seine eigenen Leute plaziert hatte, ins hintere Glied verwies. Sie waren keine Anhänger

von L. Patrascanu, dem frühzeitigen Eurokommunisten, der als «Verräter» und «Spion» verurteilt wurde, noch gehörten sie zur moskowitischen Clique von Anna Pauker, V. Luca, I. Chisinevschi. Der Bekannteste unter ihnen war I. G. Maurer. Er erschien nach langer Abwesenheit als Aussenminister (1957–1958) am politischen Horizont, um dann Präsident der Nationalversammlung (1958–1961) und endlich Ministerpräsident zu werden. Er suchte hauptsächlich Verbindungen mit dem Westen und China, während andere, wie Al. Birladeanu, bestrebt waren, der Wirtschaft neuen Aufschwung zu verleihen; die für die internationale Politik Verantwortlichen, wie P. Niculescu-Mizil, festigten die Verbindung mit den kommunistischen und «fortschrittlichen» Parteien des Westens, Asiens und Afrikas. Der einzige der alten Freunde Moskaus, der die neue Linie guthiess und ihr bis zum Tode Folge leistete, war E. Bodnaras, ehemaliger Minister der Streitkräfte, später Vizepräsident der Regierung und schliesslich Vizepräsident des Staatsrates.

Ausserordentliche Umstände während der Regierungszeit Chruschtschows ermöglichten den neuen Kurs der rumänischen Politik. Erstens war es der Rückzug der sowjetischen Truppen, die in Rumänien stationiert waren (1958), sowie die relative Schwächung der UdSSR als Folge des Chinakonfliktes und der politischen Misserfolge in Berlin und Kuba. Anderseits boten die Polen im Zeichen der Unzufriedenheit des Volkes und der Unruhen der Arbeiter die Stirn durch die Berufung des Häftlings Gomulka an die Spitze des Zentralkomitees. Sie erreichten 1956 eine gewisse Abschwächung der russischen Macht über ihr Land. Im Zusammenhang damit wirkte auch das jugoslawische Beispiel von 1948 ermutigend. Wie sollte man von solchen Umständen nicht profitieren, wenn man sich an die «Ereignisse» von 1953 in Ostdeutschland und von 1956 in Ungarn erinnerte? Nach dem Rückzug überliess die Rote Armee der rumänischen kommunistischen Partei, die sie zur Macht erhoben hatte, als Erbe einen kleinen Spielraum von Freiheit, aber zugleich das Risiko, sich einem Volksaufstand entgegenstellen zu müssen. Gheorghiu-Dej verordnete strenge Präventivmassnahmen, damit der Virus der ungarischen Revolte die Rumänen nicht anstecken könne. Daher die grosse Zahl der Verhaftungen und politischen Prozesse in den Jahren 1957 und 1958. Dann gab er mit unschuldiger Miene zu verstehen, dass der Personenkult eine wirkliche, aber eine russische Entgleisung war, während man in Rumänien zwar andere, aber selbstverständlich kleinere Fehler begangen habe, die die Partei im Begriff sei, wieder gutzumachen. Man unterbrach sogleich die Bauarbeiten am grossen Kanal zwischen der Donau und dem Schwarzen Meer, in denen so viele politische Gefangene ihr Leben gelassen oder ihre Gesundheit eingebüsst hatten. 1964 entliess die Regierung beinahe alle politischen Gefangenen. Sie ging so weit, dass sie mit Tito, «der Henker» genannt, freundschaftliche Beziehungen anknüpfte. Vor allem erklärten die Behörden öffentlich, dass Rumänien von der Sowjetunion wirtschaftlich ausgebeutet und politisch unterdrückt worden war. Seit der Herrschaft des Regimes kannten die Rumänen diese

Wahrheit, sie aber durch die kommunistische Partei formuliert zu sehen, gab ihnen wieder Vertrauen und Hoffnung auf bessere Tage.

Eine Übergangsperiode

1965 bekam die Partei, nach dem Tode von Gherghiu-Dej, einen neuen Führer in der Person von Ceausescu. Dieser schien die neue Politik gegenüber der UdSSR entschieden weiterzuführen, gewürzt mit einer gewissen Liberalisierung. Man duldete in Rumänien die ersten Zeichen eines relativen kulturellen Pluralismus, man begann über die Wirksamkeit materieller Anreize für die Wirtschaft zu sprechen, man appellierte mehr an Kompetenz als an ideologischen Eifer. Die Häufigkeit, die Vielfalt und das Ausmass der Fühlungsnahmen, Konventionen und Abkommen, die mit der freien Welt abgeschlossen wurden, nahmen von Tag zu Tag zu. Man erhöhte die Staatsausgaben für wissenschaftliche und technische Forschung. Der Besuch Ceausescus im August 1968 bei Dubcek, kurz vor dem Niederwalzen des Prager Frühlings durch die Staaten des Warschauer Pakts – mit Ausnahme Rumäniens – verwunderte niemand. Mehr noch, die Tatsache, dass der neue Leader die Intervention in der Tschechoslowakei am selben Tag sehr scharf verurteilte, steigerte die Popularität der kommunistischen Partei in einem vorher nie erreichten Masse. Das war die Epoche, in der viele Rumänen, inbesondere Intellektuelle, sich der Partei anschlossen. Der Irrtum in der Beurteilung der Regierung Ceausescus war der Glaube, die Annäherung der Regierenden an die Regierten verlaufe nicht je nach den Umständen, sondern nehme einen Weg, von dem es kein Zurück mehr gebe.

Man muss dem rumänischen Generalsekretär recht geben; er hatte die Linie der Unabhängigkeit der tschechoslowakischen Kommunisten moralisch unterstützt und sich geweigert, sich mit denen zu vereinen, die ihnen mit freundnachbarlichen Panzerdivisionen zu Hilfe eilten, aber er hatte sich nie mit dem Ziel und dem eigentlichen Sinn des Sozialismus mit «menschlichem Antlitz» einverstanden erklärt.

Ideologie und Technologie

Die Züge des Regimes nahmen erst einige Jahre nach der Machtergreifung Ceausescus endgültige Konturen an. Hatte dieser Staatsmann eine Übergangsperiode nötig, bevor er unter den Kadern eine neue Mehrheit gewinnen konnte, die ihm blindlings ergeben ist? War die internationale Lage während dieser Jahre zu unbeständig, um daraus Folgerungen zu ziehen? Es bleibt nur die «Linie» des neuen Führers, der 1971 mit einer kulturellen «Minirevolution» begann, die, in scheinbarer Unkenntnis der Roten Garden und der Maueranschläge chinesischer Art, die Übermacht der Ideologie in allen Lebensparten immer wieder bestätigte. Aber welche Ideologie?

Die Theorie der proletarischen Diktatur, also des Einparteienstaats, als auch das Axiom der unbestrittenen Übermacht der Schwerindustrie bleiben unantastbar. Dafür reicherte sich der Begriff des «Revolutionismus» in

einem kommunistischen Staat mit einem neuen Sinn an, nämlich demjenigen der Aufgeschlossenheit gegenüber der Technologie und den Organisationen fortschrittlicher Länder. Weitere Prinzipien wurden hinzugefügt: Das Recht jeder kommunistischen Partei, ihre eigene Politik zu betreiben, die Unabhängigkeit und die nationale Souveränität, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten durch ein anderes Land, Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, die Entwicklung des Güteraustausches ohne jegliche politische Diskriminierung. Schliesslich wurden die Thesen des Fortbestandes des rumänischen Volkes auf dem Vorkriegsterritorium (inbegriffen die von den Russen eroberten Gebiete), der moralischen Normen im Verhalten der Bürger gegenüber Partei, Vaterland (Ehrlichkeit, Disziplin, Opfersinn) und einander (Verbot des Ehebruchs, der Schwangerschaftsunterbrechung, der Scheidung) eingeführt.

Es ist nicht der Eklektizismus, der einer solchen Ideologie fehlt, in der man neben dem Dogma von Marx und Lenin viele pragmatische Prinzipien der gegenwärtigen Politik sowie Anweisungen über das zu befolgende Verhalten der Bürger findet, und das in einer erschreckenden Einfältigkeit. Man muss Ceausescu beinahe erst nehmen, wenn er erklärt, Rumänien befinde sich auf dem Weg der Entwicklung. So könnte man vielleicht seine fortwährende Neigung verstehen, das Niveau der Kultur, der Wissenschaft und der politischen Einstellung der Massen durch Zwang und totale Unterordnung unter Parteientscheide zu setzen. Jedenfalls ist die «Doktrin Ceausescus» (der Ausdruck stammt vom gegenwärtigen Präsidenten des Kulturrates, Miu Dobrescu) nicht nur von Dubcek weit entfernt, sondern auch von der jugoslawischen Selbstverwaltung und von den in Ungarn eingeführten Wirtschaftsreformen.

Einzigartiger Wachstumsrhythmus im östlichen Lager, technologische West-Importe, Strenge, patriotische und traditionelle Überschwenglichkeit, Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion: an Stelle dieser Hoffnungen am Ende der Regierung von Gheorghiu-Dej und während der sechs Jahre der neuen Richtung findet die Bevölkerung nur Aufgaben, «Indikationen», Befehle und eine «permanente» Mobilisierung.

Die Rumänen, deren Humor sich mehr und mehr zum Galgenhumor wendet, geben einem alten Witz einen neuen Inhalt: «Es war besser, als es schlechter war.»

Persönliche Führung

Ob die dauernde «Mobilisation» aller sozialen Schichten wirkliche Gründe hat, ist schwer zu beurteilen. Das Argument der Leistung wird zugunsten einer immer stärkeren Zentralisation der verschiedenen amtlichen Stellen verwendet. Man begann die lokalen Organisationen der Partei und des Staates zu verschmelzen und gelangte zur Vereinigung des Arbeitsministeriums mit dem Gewerkschaftsbund. Die Politiker der Übergangsperiode haben einer nach dem andern die politische Szene verlassen. Die «Parteidisziplin» weist nun beinahe dieselben Härten auf wie die Armee. Und wie

zufällig befinden sich höhere Offiziere in den Reihen der Regierung sowie an den Führungsposten der Volkswirtschaft. Der Präsident der nationalen Verteidigung und oberste Befehlshaber der Armee ist der Generalsekretär der Partei, zu gleicher Zeit Präsident der Republik, N. Ceausescu, der auch die Funktion als Präsident des obersten Rates für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, der sozialistischen Einheitsfront und der Zentralkommission für Ideologie ausübt.

Die Gattin des Präsidenten und mehrere Familienmitglieder besetzen Vertrauensposten in der Hierarchie der Partei und des Staates.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern und zu seinen Kollegen der Oststaaten leitet Ceausescu die Partei und nicht das Zentralkomitee, er steht dem Staate vor und nicht einem Präsidium. Alle Entscheide von etwelcher Wichtigkeit werden von ihm getroffen. Um jede Verwirrung auszuschliessen, trägt der Ministerpräsident seit einigen Jahren den Titel «Premierminister der Regierung», während die Funktion des Generalsekretärs im Ministerium durch «Staatssekretär» ersetzt wurde. Die persönliche Führung drückt Geringschätzung und Misstrauen gegenüber der ganzen Bevölkerung aus, die Aktivisten aller Ränge und die militärische Hierarchie fordern Einstimmigkeit unter dem Anschein einer repräsentativen Institution und einer «Partnerschaft» mit dem Volk. Die Bürger selber sind einem starken Druck der Regierung und der Massenmedien ausgesetzt. Rumänien wird von einer kommunistischen Diktatur mit starker Persönlichkeitsbetonung regiert, die jede Kontrolle von seiten der Regierten im Keim erstickt. Man soll sich dadurch nicht täuschen lassen, dass eine solche Regierung eine unabhängige Aussenpolitik betreibt: Es ist ein Phänomen, dass sich auf keinen Präzedenzfall berufen kann, weder auf Regierungsformen in der Geschichte noch auf diejenigen der Oststaaten. Das Regime Bukarests hat ein übriges getan, um uns davon zu überzeugen. Etliche Initianten der freien Gewerkschaft der rumänischen Werktätigen (SLOMR), darunter auch Arbeiter, sind unter verschiedensten Vorwänden verhaftet, vor Gericht gestellt und verurteilt worden, obgleich die Gründung dieser Gewerkschaft der Verfassung und den ratifizierten internationalen Abkommen gemäss völlig legal war. Dabei hatte diese Gewerkschaft ausschliesslich professionelle Forderungen vorgebracht und den Behörden Zusammenarbeit vorgeschlagen, um den akutesten sozialen Problemen beizukommen, die zu Ausbrüchen der Unzufriedenheit und zu mangelnder Effizienz geführt hatten.

Zugleich wurden mehrere Priester und Pfarrer verhaftet, denen vorgeworfen wurde, faschistische Organisationen wieder herstellen zu wollen, obgleich sie nur für Kultusfreiheit eingetreten waren. Einer dieser Priester war zur Zeit, als es eine Pronazi-Partei gab, 13 Jahre alt, ein anderer ist gegenwärtig kaum 29.

Die Geschichte unserer Epoche zeigt, dass eine unabhängige Aussenpolitik keineswegs das Wesen einer kommunistischen Regierung im Innern verändern muss, sondern sogar ihre charakteristischen Züge betonen kann. Die Staatsraison findet in einer

solchen Politik Gründe und Vorwände, um die letzten Spuren der Sozialpolitik und der Ausübung der Demokratie auszumerzen. Die Eurokommunisten und die Sozialisten wie auch die Konservativen, die Liberalen oder die Christlichdemokraten werden in Bukarest gut aufgenommen. Niemand scheint ihnen aber dort zu bestätigen, dass man mit den Grundideen, mit Demokratisierung der gesellschaftlichen Beziehungen einverstanden ist, wenn nicht in Form von Wünschen, deren Realisierung einer fernen, unvorhersehbaren Zukunft vorbehalten bleibt.

Vidal Sarro

HERAUSFORDERUNG DER KONKORDANZ

In der Märznummer dieser Zeitschrift ist in einem Ausblick auf die Finanzabstimmung vom 20. Mai und die Nationalratswahlen von Ende Oktober die Auffassung zu lesen gewesen, dass der Ausgang des Kräftemessens um die Neuordnung der Bundesfinanzen bedeutsame Zeichen für die Zusammensetzung unseres Parlaments während der nächsten vier Jahre setzen könnte. Wenn die Herausforderung der vierten Regierungspartei – der Sozialdemokraten – gegenüber den drei bürgerlichen Partnern in der Landesregierung erfolgreich verlaufen und die Finanzreform zu Fall bringen sollte, wäre das möglicherweise ein Anzeichen für die Einleitung einer Katastrophenpolitik.

Das Nein kam nicht allein von links

Das Abstimmungsergebnis des 20. Mai hat die pessimistischsten Erwartungen übertroffen. Die Finanzvorlage ist, obwohl ihr Kernstück, die Mehrwertsteuer, gegenüber dem ersten Anlauf vor zwei Jahren erhebliche Abschwächungen erfahren hat und auch die gleichzeitig präsentierten Anträge für die Ausmerzung der sogenannten kalten Progression bei der Wehrsteuer für den Grossteil der Steuerzahler weitere Erleichterungen verheissen hatten, noch massiver verworfen worden als ihre Vorgängerin vom 12. Juni 1977. Hatte der Souverän damals das Mehrwertsteuerprojekt mit 60 Prozent Nein abgelehnt, ist diesmal seine Absage mit einem Zweidrittelsmehr ausgesprochen worden. In keinem einzigen Stand gab es ein Plus der Jastimmen. Der Misserfolg des Bundesrates und der bürgerlichen Regierungsparteien, die der Kampfansage der Sozialdemokraten an die Vorlage mit dem Entschluss begegnet waren, im Interesse einer Sanierung des Finanzhaushaltes zum Kompromiss zu stehen und diesen trotz seiner Annäherung an sozialistische Steuerprinzipien durchzufechten, ist komplett. An ein Wiederaufgreifen des Projekts ist unter den gegebenen Umständen in absehbarer Zeit nicht mehr zu denken.

Und doch: es kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Misserfolg der bürgerlichen Befürworter des Fi-

nanzpakets vom 20. Mai nicht einfach der sozialdemokratischen Opposition als Erfolg gutgeschrieben werden darf. Es gibt zuviele Anzeichen, dass andere, von den sozialdemokratischen Beweggründen für das Nein diametral abweichende Überlegungen für das Begräbnis des neuesten Anlaufs zu einer Finanzreform von Dauer bestimmend waren.

Vor allem dürfte die entschiedene Opposition in den bürgerlichen Reihen selber am Zustandekommen des Steuerdebakels massgebenden Anteil gehabt haben. Es wird kaum je zahlenmässig zu erfassen sein, welche Motive für die einzelnen Gruppen der 940 000 Neinsager den Ausschlag gegeben haben. Wieviele von ihnen sich von der sozialdemokratischen Parole nach einer stärkeren Belastung der Wirtschaft und der «Reichen» zum Nein bewegen liessen, und wieviele der emotionellen Parole aus bürgerlichen Kreisen «Sparen statt Steuern» gefolgt sind. Wieviele von der in Gewerbekreisen hochgespielten Verteufelung der Mehrwertsteuer als einer zu komplizierten und aufwendigen Steuer beeinflusst wurden und wieviele schlicht der Meinung waren, dass es nicht Sache des bürgerlichen Steuerzahlers sein könne, eine Vorlage zu retten, bei deren Bereinigung dem politischen Gegner Konzession um Konzession gemacht worden war.

Wie immer es zu den sich kumulierenden Neinstimmen gekommen sein mag und wie stark solche Widerstände auch mitgewirkt haben mögen, dass die Stimmbeteiligung am 20. Mai um ein volles Achtel schlechter war als im Juni 1977, Tatsache ist, dass die Neinwelle das ganze Land durchzogen hat und keineswegs in Abstimmungskreisen besonders aufgefallen ist, die als Arbeiterkreise bekannt sind. Schon die ersten Resultate, die aus der Innerschweiz und aus traditionell «regierungstreuen» ostschweizerischen Kantonen am frühen Nachmittag mitgeteilt wurden, liessen erkennen, dass das Schweizervolk in seiner überwiegenden Mehrheit Nein sagen werde. Der Souverän hat wieder einmal seine Abneigung gegen Ansprüche des Staates zum Ausdruck gebracht. Er hat mit seinem Machtwort auch die für den Fall der Verwerfung in Aussicht gestellten Nachteile – die Auswirkungen des Verzichts auf die «konkurrenzneutrale» Mehrwertsteuer und den Aufschub des Ausgleichs der Wehrsteuerprogression – in Kauf genommen.

Es gibt keine Pause . . .

Aus sachlichen Gründen ist der Entscheid zu bedauern, wird er uns doch in den kommenden Jahren schwere Auseinandersetzungen um einen Leistungsabbau des Sozialstaates, um die Militäraufwendungen und um eine neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen bescheren. Die von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Ersatzquellen – zusätzliche Bankensteuer und Besteuerung des Schwerverkehrs – werden niemals ausreichen, um die Löcher ohne gleichzeitige namhafte Sparanstrengungen, die wiederum in jedem einzelnen Fall ihre feste Gegnerschaft haben, zu stopfen. Auch die vielbeschworene Steuerharmonisierung ist ein Zukunftstraum, an dessen baldige Verwirklichung nur Theoretiker glauben.

Gewiss: auch die Mehrwertsteuer

hätte unsere Finanzprobleme nicht auf alle Zeiten gelöst. Aber die Hoffnung schien diesmal berechtigt, dass die Zeit für eine dauernde Verankerung der nach dem Zollabbau akut gewordenen stärkeren indirekten Besteuerung endlich gekommen sei. Dass der Streit um die Steuerzwillinge «West und Wust», der uns seit den Krisen- und Kriegsjahren begleitet, unter dem Druck der Verhältnisse beigelegt werden könnte. Die Erwartung muss aufs Eis gelegt werden. Wir werden weiterhin die wichtigsten Einnahmequellen durch Provisorien sichern müssen. Dennoch dürfen wir uns nicht der Resignation hingeben. Aus jeder Enttäuschung, die unser schwieriges Regierungssystem den verantwortlichen Politikern bereitet, ist immer wieder ein Ausweg gefunden worden.

. . . und keine Lösung ohne Konsens

Aber eine andere Frage ist gestellt, die eine Beantwortung verlangt: Ist die Konkordanzdemokratie, die sich in unserem Bürgerstaat entwickelt und bei der Vorbereitung der Entscheide des Souveräns im allgemeinen bewährt hat, an einem Wendepunkt angelangt? Sind Anzeichen vorhanden, die eine Neubesinnung auf die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern widerstrebender Auffassungen und Interessen nahelegen?

«Konkordanz» – der Begriff ist für unseren schweizerischen Staat ebenso bezeichnend wie der ihm übergeordnete Begriff der «direkten Demokratie», aus dem er sich aus praktischen Überlegungen entwickelt hat. Es hat sich hierzulande die Überzeugung eingelebt, dass das eigenartige System, durch das sich unsere Demokratie von parlamentarischen Demokratien unterscheidet, nur befriedigend funktioniert, wenn nach einem möglichst breiten Konsens der politischen Führung gestrebt wird. Anders ist kaum damit zu rechnen, dass der Stimmbürger die von Regierung und Parlament vorgeschlagenen Schritte nachvollzieht. Wenn nicht schon im Vorbereitungsstadium neuer Vorlagen Ecken und Kanten weggehobelt werden, stösst sich die latente Opposition des Bürgers gegenüber jeglicher Veränderung daran so sehr, dass es eben zu einem negativen Volksentscheid kommt.

Diese Kompromisspolitik ist sicherlich nicht sehr attraktiv. Besonders junge Leute, die naturgemäss auf eine raschere und konsequentere Gangart drängen, geben ob den mühsamen Verständigungsbemühungen immer wieder ihrem Unmut Ausdruck. Aber diese Politik hat uns doch im grossen ganzen mit der Zeit Schritt halten lassen. Ja, es darf mit stiller Genugtuung wohl festgestellt werden, dass wir dabei gut gefahren sind. Im Unterschied zu parlamentarischen Demokratien, in denen das Volk im wesentlichen nur bei Neuwahlen für das Parlament seinen Willen aussprechen darf, der dann eben nicht selten in der Ablehnung einer Regierung und in deren Auswechslung gegen die Oppositionspartei sich manifestiert, haben sich in unserem Land die Verhältnisse kontinuierlich entwickelt. Wohl bereitet der schweizerische Souverän Regierung und Parlament von Zeit zu Zeit mit der Verwerfung einer als zu weitgehend empfundenen Sachvorlage eine herbe Ent-

täuschung, aber das ist kein Anlass zu einer konstitutionellen Regierungskrise, wie sie andernorts eine eigentliche Politik des «stop and go» mit allen ihren Unzukömmlichkeiten zur Folge hat.

Die schweizerische Konkordanzdemokratie . . .

Die schweizerische Konkordanzdemokratie hat sich aus den kleinen Gemeinschaften entwickelt. Die Kantone weisen auch heute noch gegenüber dem Bund insofern einen Vorsprung auf, als sie ein grösseres Mitspracherecht des Bürgers praktizieren, das beispielsweise auch die Volkswahl der Regierungsmitglieder kennt. Ein Postulat, das auch im Bund immer wieder auftaucht, jedoch aus Gründen des regionalen Ausgleichs bei der Zusammensetzung des Bundesrates nicht befriedigend zum Spielen gebracht werden könnte. Die Aufgabe bleibt hier dem Parlament übertragen, das sich um eine angemessene Vertretung der verschiedenen Sprachregionen und politischen Strömungen bemüht. In kleineren Gemeinden und Landsgemeinden, wo der Bürger vor der Verabschiedung einer Vorlage noch persönlich in die Beratungen eingreifen kann, geht die Mitsprache weiter.

Der Bundesstaat muss delegieren. Eine glückliche Fügung hat aber dazu geführt, dass das anfänglich zur Verfügung gestellte Instrumentarium für die Bewältigung seiner Aufgaben in den Ansätzen schon alles enthielt, was für eine den unterschiedlichen Ansprüchen seiner Glieder gerecht werdende Regierung nötig war. Im Lauf der Jahre sind mit der Ausweitung der staatlichen Einflussmöglichkeiten die Mitspracherechte des Bürgers, der zuerst nur ein Wahlrecht und das Recht hatte, die Totalrevision der Verfassung zu verlangen sowie die von der Regierung und Parlament vorbereiteten Teilrevisionen der Verfassung in einem obligatorischen Referendum anzufechten, ebenfalls erweitert worden. So ist mit der 74er Totalrevision das fakultative Gesetzesreferendum eingeführt worden. 1891 ist die direkte Einflussnahme des Bürgers mit der Einführung der Verfassungsinitiative verstärkt worden. Seit 1921 kennen wir auch das Staatsvertragsreferendum, das allerjüngstens noch ausgedehnt worden ist, um der Gefahr zu begegnen, dass über ausländische Einflüsse das innere Staatsgefüge in unerwünschter Weise verändert wird.

Zurück zur Konkordanz: Wenn in den Anfängen des Bundesstaates die Partei, die den Bundesstaat geschaffen hat – der Freisinn – tonangebend war und es auch lange Zeit blieb, wobei allerdings diese Regierungspartei für eine beträchtliche Spannweite der Richtungen gut war, ist 1891 mit der Hereinnahme der ursprünglich oppositionellen Katholisch-Konservativen die Regierungsbasis schon ein erstes Mal aus freien Stücken erweitert worden. Im Gefolge der Kriegsjahre, die 1919 den für die Zusammensetzung des Parlaments umwälzenden Schritt vom Majorz- zum Proporzsystem der Nationalratswahlen brachten, wurde die Verbreiterung der Regierungsbasis weiter gefördert. 1929 folgte den inzwischen auf eine Zweierdelegation verstärkten Konservativen der erste Bauer in den Bundesrat. Die in den

Nachkriegsjahren ausbrechende soziale Krise führte vorübergehend zu einer Koalitionsdemokratie: im Parlament stand ein festgefügter «Bürgerblock» aus den immer noch die Regierungsmehrheit behauptenden Freisinnigen, den Katholisch-Konservativen und den vom Freisinn abgespaltenen Bauern der aufstrebenden Sozialdemokratie gegenüber, die eine entschiedene Oppositionsrolle spielte.

Die im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs von Deutschland ausgehende äussere Bedrohung des Landes hat dann das Feld für die Konkordanzdemokratie vorbereitet: Die gemeinsame Gefahr hat die bis dahin vorherrschende Ablehnung des bürgerlichen Staates durch die Sozialdemokraten gelockert. Der entscheidende Schritt wurde mit dem Bekenntnis dieser Partei zur Landesverteidigung vollzogen. Noch zögerte besonders die freisinnige Mehrheit aus der Befürchtung heraus, dass damit eine klar konzipierte Politik des Bundesrates gefährdet werden könnte, vor dem konsequenten Schritt, die Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen. Doch 1943 war es so weit: mit Ernst Nobs ist der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt worden. – Der vorläufig letzte Schritt ist 1959 getan worden, nachdem ein halbes Dutzend Jahre lang nochmals ohne die Linke regiert worden war, weil 1953 mit dem Scheitern der damaligen «Finanzreform Weber» die Sozialdemokraten protestierend sich aus der Landesregierung zurückgezogen hatten: 1959 ist unter tatkräftiger Mithilfe der Konservativ-Christlichsozialen der freiwillige Regierungsproporz eingeführt worden, der aufgrund der Stärkeverhältnisse in der Volkskammer für die Zusammensetzung des Bundesrates die «Zauberformel» 2/2/2/1 erfunden hat. Die Konkordanzdemokratie war äusserlich perfekt geworden.

. . . lebt von der Übereinstimmung in Grundfragen

Hat sich die Sozialdemokratie als vierte – gemessen an ihrer Stärke im Nationalrat ist sie heute die erste, in der Vereinigten Bundesversammlung die zweite – Regierungspartei auch innerlich in das Konkordanzverhältnis eingefügt? Das ist die Frage, die heute gestellt ist.

Jüngste Beobachtungen, die nicht auf das Auseinandergehen in der Frage der Finanzpolitik beschränkt sind, haben Zweifel daran aufkommen lassen. In einem kürzlich publizierten Aufsatz von Gerhard Winterberger, der sich mit der zunehmenden Polarisierung der schweizerischen Innenpolitik befasst, ist die Befürchtung ausgesprochen worden, dass unsere Konkordanzdemokratie zu einer «Konkurrenzdemokratie» zu entarten drohe. Der Autor, der aus seiner Praxis als Teilnehmer von Gesprächen zwischen den Sozialpartnern um die Vorzüge einer klaren Sprache weiss, steht mit seinen Befürchtungen nicht allein. Am 18. Januar hat der freisinnige Zürcher Nationalrat Rudolf Friedrich unter dem bezeichnenden Titel «Zwischen Koalition und Konfrontation» in der «Neuen Zürcher Zeitung» klar herausgearbeitet, was am heutigen Gebaren der sozialdemokratischen Regierungspartei «konkordanzwidrig» erscheint.

Es ist nicht das Abweichen in Einzelfragen, das als störend empfunden

wird. Unser Regierungssystem kennt kein verbindliches Programm. Versuche, wie sie schon unternommen wurden, ein verpflichtendes Regierungsprogramm aufzustellen, müssen an den Eigenheiten unseres Systems der direkten Mitsprache des Volkes in allen wichtigen Sachfragen scheitern. Keine Regierungspartei ist davor gefeit, dass ihre Glieder eine von Regierung und Parlament in schönster Konkordanz ausgearbeitete Vorlage ablehnen. Selbst wenn die Landespartei eine zustimmende Parole herausgibt, hindert das die einzelnen Kantonalparteien nicht, eine abweichende Parole auszugeben. Immer weniger tut sie das. Und erst recht pflegt sich der einzelne Stimmbürger seine volle Stimmfreiheit vorzubehalten. Das Beispiel Bundesfinanzen mit den «dissidenten» Stellungnahmen aus dem stramm bürgerlich politisierenden Gewerbeflügel ist dafür nur besonders illustrativ. Insoweit hat man sich gegenseitig nichts vorzuhalten.

Eine andere Sache ist es, wenn in Grundfragen des Staates keine Übereinstimmung zwischen den Partnern besteht. Wenn man, um nochmals Friedrich zu zitieren, «zwar in der Regierung noch mitmacht, weil man darin Vorteile für die Tagespolitik sieht», aber diesen Staat «nicht mehr wirklich mittragen, für die Entscheide von Regierung und Parlament nicht mehr gradstehen» will.

Gefährliche Töne

Wie verhält es sich damit? – Ein Ausspruch des sozialdemokratischen Parteipräsidenten Helmut Hubacher am Basler Parteitag vom Mai letzten Jahres ist unmissverständlich: «Gleichschritt von uns Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien würde den Fortschritt hemmen. Deshalb bedeutet in unserem System der direkten Demokratie Regierungsarbeit nicht nur Kooperation, sondern auch Konfrontation. Unsere Mitarbeit im Bundesrat erfolgt aus demokratischer Vernunft, ist aber kein Ja zu den herrschenden Zuständen in unserer Gesellschaft ... Die SP als Bundesratspartei gibt ihre sozialistischen Ziele nicht auf!» Und noch deutlicher: «Wir sind zwar eine Bundesratspartei, aber keine Regierungspartei!»

Ablehnung der «herrschenden Zustände»: Hubacher ist nicht allein mit seinem Bekenntnis. Besonderes Aufsehen haben die Erklärungen des Präsidenten der Zürcher Kantonalpartei, Nationalrat Hansjörg Braunschweig, gemacht, der nach den Zürcher Wahlen von diesem Frühjahr in der «Leserzeitung» den bei der Neubestellung der Regierung mit einer schweren Schlappe quittierten scharfen Kurs verteidigt hat. Braunschweig hat seinen Genossen im Gewerkschaftslager, von denen ihm der Rücktritt nahegelegt worden war (SP-Regierungsrat Arthur Bachmann im «Volksrecht» vom 2. April: «Gelegentlich ist Hansjörg Braunschweig als Parteipräsident überfällig!»), mit gleicher Münze zurückgezahlt. Er hat seinem Widerpart den Vorwurf gemacht, auf «Anpassung an den Bürgerblock», auf «eine brave sozialdemokratische Partei» hinzusteuern. Und er hat mit diesem Gegenangriff parteiintern einen Pluspunkt buchen können, hat sich doch in der in-

zwischen über die Bühne gegangenen Parteiversammlung, die für die Aufstellung der Nationalratswahlliste von diesem Herbst einberufen worden war, der Antrag durchgesetzt, Bachmann von der Liste zu streichen. Der in den Regierungsratswahlen von drei Kandidaten allein erfolgreich gebliebene sozialdemokratische Anwärter wurde mit der Nichtberücksichtigung für höhere Ehren bestraft.

Es ist mit Braunschweigs Kommentar zu den Zürcher Wahlen das Kapitel sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung mit einer Nuance bereichert worden, die tiefer gehängt werden muss. Die Sozialdemokratie dürfe die «Absolutheit des schweizerischen Kollegialprinzips» nicht mehr akzeptieren: «Wir sollten Leute vorschlagen, die einen ‚flexiblen Konfrontationskurs' garantieren können.» Das sei nötig, um eine konsequente Politik an der Basis durchführen und so die Glaubwürdigkeit stärken zu können, «vor allem auch bei den Jugendlichen, die genug von der ‚hohen' Politik haben!».

Bis jetzt haben solche Aspirationen vor allem den eigenen Repräsentanten in den Regierungskollegien Schwierigkeiten gemacht. Bundesrat Willi Ritschard, dessen Wahl seinerzeit allerdings wie andere Bundesratswahlen der jüngeren Zeit gegen den fraktionsoffiziellen Kandidaten von der bürgerlichen Mehrheit der Bundesversammlung durchgesetzt wurde, könnte davon sprechen. Er hatte besonders im Zusammenhang mit der von ihm tapfer vertretenen Ablehnung der Atominitiative am Basler Parteitag 1978 schwere Anfeindungen von seiten der jungen Garde in Kauf zu nehmen. So seien als Gegenstück zu Braunschweigs «aufgelockerter Kollegialtheorie» auch zwei Aussprüche aus dem Mund dieses senkrechten Sozialdemokraten festgehalten.

Zuerst zu den Ereignissen in Basel: «Selbstverständlich ist es der Partei erlaubt, eine andere Auffassung zu haben als der Bundesrat. Aber getroffen hat es mich, dass während meiner Basler Rede zur Atominitiative Pfiffe ertönten!» (Interview mit der «Basler Zeitung» am Ende des Präsidialjahres). Und später grundsätzlicher: «Vor allem jüngere Sozialdemokraten argumentieren, dass die Regierungsbeteiligung die Ideen und den Kampfgeist der Partei verwässere. Sie befürchten eine Korruption der sozialistischen Idee. In der Opposition versprechen sie sich eine konsequentere, sozialdemokratischere Politik. Solche Überlegungen sind zwar gut verständlich. Aber sie sind nicht zu Ende gedacht. Wer ist in der Schweiz überhaupt die Regierung? Das Schweizervolk empfindet sich als souverän. Es entscheidet laufend über das Referendum grundsätzliche Fragen an der Urne. Deshalb bildet bei uns im Grunde das Volk die Regierung. Es entscheidet alle grundsätzlichen Fragen und auch die politische Richtung. Eine Opposition in unserem System macht deshalb nicht Opposition gegen eine Regierung, sondern gegen das Volk ...»

Opposition gegen das Volk?

Was will das Schweizervolk? – Der Blick auf die Vorgänge, die zurzeit über die Medien vor die Öffentlichkeit getragen werden, vermittelt vor allem ein Bild der Verwirrung. Mehr

und mehr treten auch in unserem Land Regungen in Erscheinung, die mit den Traditionen eines wohl geordneten Gemeinwesens schwer in Einklang zu bringen sind. In krassem Widerspruch zum Wohlergehen, das noch nie einen so hohen Stand erreicht hatte wie heute, scheint sich Unzufriedenheit auszubreiten. Derselben Wirtschaft, die für Arbeit und Brot sorgt, wird Zerstörung der «Lebensqualität» vorgeworfen. Den Behörden, die sich um den Interessenausgleich bemühen, wird der Vorwurf gemacht, über den Bürger hinweg zu regieren. Dieser Bürger zieht sich deshalb mehr und mehr von der Teilnahme an der Regierung zurück. Die Stimmabstinenz nimmt zu. Dafür melden sich freie Bürgerinitiativen mit Aktionen, die ausserhalb des Parteiengefüges ihre Anliegen durchzusetzen versuchen. Unterlegene Minderheiten akzeptieren den Mehrheitsentscheid nicht mehr. Sie versuchen, ihre Ziele der Gesellschaftsveränderung durch Einschüchterung des Bürgers zu erreichen. Auch unsere «Musterdemokratie» hat Ansätze kennenlernen müssen, die nicht mehr anders denn als «Krise der Demokratie» qualifiziert werden können. Die schon länger herbeigeredete Krise ist in greifbare Nähe gerückt.

Wie ist vor dieser düsteren Zeichnung das Verhalten einer grossen Regierungspartei, der Sozialdemokraten, zu beurteilen? Die schweizerische Sozialdemokratie – das sei mit aller Deutlichkeit wiederholt – ist nicht auf der ganzen Linie auf einen Konfrontationskurs übergegangen. Es gibt nach wie vor eine starke Strömung, die die wirtschaftlichen Tatsachen anerkennt und auf dieser Basis verständigungsbereit politisiert. Aber es gibt auch die andere Richtung, die auf Veränderungen drängt. Sie scheint im Vorfeld der Wahlen Auftrieb erhalten zu haben. Sie sucht durch Konfrontation eine stärkere Profilierung vor dem Wähler. Der Ausgang der Frühjahrswahlen in Kantonen und grösseren Städten scheint solchem Betreben ein Stück weit recht zu geben. Aber die Rechnung ist nicht ganz aufgegangen: Wo die Sozialdemokraten ihre Parlamentsfraktion verstärken konnten, wie im Kanton Zürich, haben sie das nicht auf Kosten ihres erklärten Gegners, des «Bürgerblocks», getan, sondern zu Lasten der kleinen Splitterparteien, während der Freisinn nicht nur bei der nach dem Majorzwahlsystem durchgeführten Regierungsratswahl, sondern auch aus der Proporzwahl für den Kantonsrat als eigentlicher Sieger hervorging. Die Kampfaufnahme hat sich mehr für den Herausgeforderten als für den Herausforderer gelohnt! «Das Volk» hat anders reagiert, als die Wahlstrategen glaubten.

Absage an eine Parteipolitik «mit dem nassen Finger»

«Wahlstrategie» ist in unseren Verhältnissen ein schlechter Berater. Zu was hat sie uns geführt? Wenn Gruppen und Richtungen, die sich in unsern Institutionen untervertreten fühlen, zu Volksinitiativen Zuflucht nehmen, um ihren Auffassungen – übrigens, wie die Erfahrung zeigt, meist mit geringem Erfolg – zum Durchbruch zu verhelfen, mag das angebracht erscheinen. Wenn aber eine Regierungspartei dieses zugegebener-

massen verfassungsmässige Mittel, das allerdings in letzter Zeit überstrapaziert wird, aus dem blossen Drang heraus, von sich reden zu machen, ebenfalls immer häufiger anwendet, stimmt etwas nicht mehr. Das gleiche ist von einer Ausgabe von Parolen zu sagen, die nicht mehr von einer verantwortungsbewussten Politik, sondern von der blossen Absicht des «Stimmenfangs» sich leiten lässt. Das ist das eine, was zu sagen ist.

Das andere wäre die Erkenntnis, dass durch den sozialdemokratischen Regierungspartner die in Jahren ehrlicher Annäherungsversuche gewonnene Verständigung über die Aufgaben des Staates als Instrument, die gemeinsamen Anliegen möglichst befriedigend zu regeln, heute allzu leichthin aufs Spiel gesetzt wird. – Die zu Ende gehende Legislatur der eidgenössischen Räte sollte eine Lehre sein, wie man es nicht machen soll: Als die Sozialdemokratie aus den letzten Nationalratswahlen vom 26. Oktober 1975 als Gewinner hervorging, ist damit gespielt worden, zusammen mit CVP und Landesring gegen Freisinn und SVP die Regierung zu bilden. Gewiss, daraus haben sich einige Schwierigkeiten bei der Bereinigung der ohnehin fragwürdigen Regierungsrichtlinien ergeben. Aber die angefochtenen Regierungspartner sind im Sattel geblieben.

Betrachten wir die Situation etwas konkreter: Im bürgerlichen Lager kann kein Partner auf den andern verzichten. Zuletzt die CVP, wenn auch ihre Führung eine Zeitlang mit der sozialdemokratischen Verlockung zu liebäugeln schien. Gerade diese Partei, die wegen der Aufspaltung in den gewerkschaftlichen christlichsozialen Flügel und eine konservative Richtung zunehmend Schwierigkeiten hat, ihre Anhängerschaft bei der Stange zu halten, hat alles Interesse, sich an die andern bürgerlichen Partner anlehnen zu können. Sie kann es sich aber ebensowenig leisten, die Sozialdemokraten aus der Koalition hinauszuwerfen, würde sie doch damit voraussichtlich ihre Gewerkschafter mitverlieren.

Und wie verhält es sich mit der «Kur» einer sozialdemokratischen Opposition? – Man hat damit 1953/59 Erfahrungen gemacht, die keine Wiederholung nahelegen. Übrigens beharrt gerade der sozialdemokratische Führungskreis auf den «Machtpositionen» in der Verwaltung, die immerhin manche Einflussmöglichkeit auf die Tagespolitik gewährleisten. Diese Positionen sind in manchen Kantonen und Gemeinden gut fundiert. Sollen die gleichen Leute, die im kleineren Kreis ihre positiven Erfahrungen mit der Regierungsbeteiligung gemacht haben, von den Vorzügen eines Abseitsstehens im Bund überzeugt werden, der mehr und mehr Befugnisse an sich zieht?

Der Schluss drängt sich auf: Aus der «Profilierungsneurose», wie sie dem Wahlfieber zuzuschreiben sein mag, kehrt man nach den Wahlen zur Konkordanz zurück und versucht, dem verunsicherten Bürger die gemeinsamen Anliegen wieder nahezubringen.

Arnold Fisch